Ertrunkene Flüchtlinge, brennende Asylheime: Trauern um die Toten – Kämpfen für die Lebenden!

„400 Menschen gestorben am 12.April 2015“ stand groß auf der Titelseite der Taz, darunter die Trauermeldung: *„Plötzlich und leider zu erwartbar ist vor der Küste Libyens erneut ein Flüchtlingsschiff untergegangen. Weniger als 150 der circa 550 Insassen wurden gerettet.“*

Damit widmet die Taz dem Unglück im Mittelmeer mehr Aufmerksamkeit als alle anderen großen Zeitungen es taten.

Sicher erinnern wir uns alle noch daran wie tage- ,wochenlang über den tragischen Absturz bei Germanwings berichtet wurde. Mehrere Ausgaben konnten Bild und Co. mit „Berichten“ über die Lage vor Ort, die Zahl der Opfer und das Leid der Hinterbliebenen füllen. Nicht anderes war das als die Costa Concordia auf ein Riff lief und 32 Menschen starben. Tagelang waren die Nachrichten voll mit Bildern des havarierten Kreuzschiffes und des unfähigen Kapitäns.

Mit dem Untergang des Flüchtlingsschiff wird es nicht so sein.

Warum nicht? Sind 400 afrikanische Leben etwa weniger wert als 150 deutsche? Wie oft hörten wir, dass unter den Opfern des Absturzes so viele SchülerInnen waren? Die meisten Menschen auf Flucht sind unter 18, also ist davon auszugehen, dass unter den Toten auch ca. 200 Kinder und Jugendliche sind, die qualvoll ertranken als sie vor dem Elend, dass sie zu ersticken drohte, flohen.

In bürgerlichen Medien wird jetzt oft und wortreich festgestellt, dass die SchlepperInnen ja an solchen Katastrophen schuld seien. Das das vollkommener Schwachsinn ist erklärte das VICE Magazin sehr gut: *„Das ist*

ungefähr so aufrichtig, als würde man dreilagigen NATO-Draht um sein Grundstück ziehen—und wenn dann das Nachbargrundstück brennt und die Nachbarn versuchen, trotzdem über den Zaun zu klettern, gibt man den Leuten die Schuld, die Decken über den Stacheldraht werfen, weil die Decken manchmal zu dünn sind und die verzweifelten Nachbarn im Draht verbluten. Statt sich damit auseinanderzusetzen, dass man selbst den Zaun gebaut hat, der dieses Elend überhaupt erst nötig macht.“ (Quelle: http://www.vice.com/de/read/eine-ganz-normale-woche-in-deutschland-663?utm_source=vicefb)

Nicht die Schlepperkriminalität ist der Grund dafür, dass das Mittelmeer zum Massengrab wird, sondern der Imperialismus. Hunger, Krieg und Krise zwingen die Menschen dazu ihre Heimat zu verlassen – unter Einsatz ihres Lebens.

Und wenn es den europäischen Piratenflotten tatsächlich darum ginge den Schleppern einen Schlag zu versetzen, dann sollten sie mit ihren Schiffen an den Küsten Nordafrikas ankern und allen eine sichere Passage ermöglichen.

Stattdessen werden Millionen für Stacheldraht und Mauern ausgegeben um auch die, die nicht ersoffen sind abzuwehren.

Rassistische Angriffe in Deutschland

Als wäre es nicht schon schlimm genug, dass die Reise nach Europa so gefährlich ist, sind die Refugees auch hierzulande großer Gefahr ausgesetzt. Sei es durch die Verschärfung der ohnehin schon scharfen Asylgesetzgebung , durch alltägliche Diskriminierung und Repressalien oder durch Angriffe von Nazis.

Dienstag brannten Flüchtlingsunterkünfte in Hamburg und Berlin, Samstag wurde ein Heim in Taunus mehrfach beschossen, in Wuppertal machten Nazis Fotos in einer Unterkunft und in Witten wurde eine Moschee angezündet. Auch in Tröglitz wurde ein Haus in das in naher Zukunft 40 Refugees einziehen sollten angezündet. Das es bei all diesen Angriffen noch keine Toten wie ’92 gab ist ein großer Zufall!

Um jedes Heim und jeden Menschen zu verteidigen brauchen wir den militanten Schutz einer antifaschistischen Einheitsfront unter Einbeziehung der Refugees und MigrantInnen. Damit eng verbunden ist die Forderung nach der Aufnahme der Geflüchteten in die Gewerkschaften und damit ihre Integration in die organisierte ArbeiterInnenklasse sowie wie der Kampf mit den Refugees für volle Bürgerrechte und die Abschaffung der Lager, der Residenzpflicht und des Arbeitsverbotes.

Unsere Solidarität gilt allen die von den Angriffen betroffen sind und allen, die sich gegen diese wehren und sich gegen Fremdenhass uns Rassismus einsetzen.

Den AntirassististInnen in Tröglitz, Witten und jedem anderen Ort schlagen wir vor: Organisiert antifaschistische Verteidigungsstrukturen um die Heime um deren BewohnerInnen zu schützen! Wir helfen euch dabei!

Gegen Fluchtursachen, gegen Flüchtlingsleid, gegen Naziübergriffe und rassistische Gesetze: One Solution – REVOLUTION!

Beteiligt euch am 24. April an den Schulstreiks und Protesten gegen die Asylrechtsverschärfung!

Ein Artikel von Flo Wasser, REVOLUTION Zülpich

Schulstreiks am 24. April gegen Rassismus und Asylgesetzverschärfung

Schulstreik gegen Rassismus und Abschiebungen! Kein Mensch ist Illegal – Bleiberecht Überall!

Eine einfache Frage: *„Was ist der Unterschied zwischen 6m² und 8m²?“* 6m² … so viel steht einer_m Geflüchteten in Deutschland als Wohnraum zu. 8m² … so viel steht einem deutschen Schäferhund per Tierschutz-Verordnung zu. Doch das wird sich bald ändern! Ab dem Jahr 2016 stehen den Menschen, die auf ihrer Flucht vor Hunger, Krieg, Ausbeutung usw. über die Mauern Europas bis nach Deutschland kommen, 7m² zu. Im Gegenzug wird durch die Asylgesetzverschärfung die Chance auf einen gesicherten Aufenthaltsstatus in der BRD noch weiter verringert. Die Verfahren zu Abschiebung und Abschiebehaft werden so angepasst, dass sie in Zukunft noch schneller noch mehr Menschen abschieben können. Das Arbeitsverbot, mangelnder Zugang zu Bildung usw. wird dabei weiterhin aufrechterhalten.

Während die Parteien à la CDU, SPD und Grünen die rassistischen Gesetzte machen, hetzen auf der Straße neue rassistische Bewegungen wie Pegida, HoGeSa oder „Bürgerbewegungen“, wie in Marzahn, Köpenick und Buch. Und sehen ihr ach so christliches „Abendland“ in Gefahr vor sog. „Überfremdung“.

Ihnen ist es egal, dass bei der Flucht nach Europa seit 1990 weit mehr als 28.000 Menschen starben, die EU ihre Außengrenzen immer weiter abschottet und private Grenzagenturen riesige Zäune, Gefängnisse und Flotten aufbauen. Ihnen ist auch egal, dass vor allem deutsche Konzerne und Politik für die Fluchtursachen verantwortlich sind. Deutschland, als 3. größter Waffenexporteur, verdient an jedem Krieg fleißig mit. Gleichzeitig erzwingen sie die Öffnung der Märkte in ehemaligen kolonialen Ländern, sodass Konzerne ohne Einschränkung die lokale Wirtschaft für ihre maximale Gewinnausbeutung benutzen können. Das erzeugt vor allem Armut und somit Abhängigkeit. Wo das Wichtigste der Profit ist, gibt es keinen Platz für Solidarität. Ihnen ist auch egal, dass seit der Krise des Kapitalismus der Konkurrenzkampf zwischen den wirtschaftlich starken Nationen (auch Imperialisten genannt) zunimmt, da jeder seine eigenen Profite sichern will. Das bedeutet mehr Krieg und mehr Ausbeutung. Weltweit sind deshalb so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr. Allein in Syrien sind es 9 Millionen. Im Juni wollen sich genau diese Industrienationen in Bayern treffen um beim G7 Gipfel die Welt erneut unter sich aufzuteilen.

Wir haben keinen Bock auf Rassismus in der Schule, wir haben keinen Bock, dass unsere Freunde isoliert in extra Klassen gehalten werden um dann mit 18 abgeschoben zu werden.

Nicht mit uns! Wir haben die Schnauze voll von Rassismus, Ausbeutung und Krieg. Wir wollen eine Gesellschaft die sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet und in der wir solidarisch zusammenleben können!

Lasst uns den Widerstand in Schule und Universität organisieren, lasst uns am 24. April auf die Straße gehen und streiken. Wir werden ihnen zeigen, dass wir ihren Rassismus und ihre Kriegstreiberei nicht länger hinnehmen.

- **Asylrechtsverschärfung stoppen**
- **Lager abschaffen**
- **Volle Staatsbürgerrechte für Geflüchtete**
- **Kein Fußbreit für PEGIDA und Nazis**

Samstag, den 18. April von 16-22 Uhr in Berlin:

Antirassistisches Konzert am Oranienplatz mit Irie Revolte, Peter Fox, Amewu, Carmel Zoum, Antinational Embassy, Faulenza A, Zugezogen Maskulin

Ein Aufruf des Refugee – Schul – und Unistreikbündnis (RSUS) Berlin

refugeeschulstreik.wordpress.com

Refugee Schulstreik 24.04 : Sechs Fragen und Sechs

Antworten

Was haben SchülerInnen eigentlich mit der Flüchtlingsbewegung tu tun?

Für einige mag es fremd erscheinen, dass SchülerInnen einen Streik für die Flüchtlinge organisieren. Doch ist es nicht natürlich, dass wir die Situation und die aktuellen Lebensbedingungen vieler Flüchtlinge als empörend empfinden? Vielen der jungen Flüchtlinge wir der Zugang zu den Schulen verwehrt. Wenn sie zur Schule gehen dürfen, sind sie auch dort vom alltäglichen Rassismus betroffen.Sie leben in ständiger Ausgrenzung und mit der Angst vor Abschiebung. Doch auch migrantische Jugendliche ohne Fluchthintergrund sind von Rassismus betroffen. Viele demokratische und bürgerliche Rechte bleiben ihnen verwehrt.

Sie dürfen nicht wählen, haben schlechtere Bildungschancen und eine oft unzumutbare Perspektive. Dagegen sollten wir uns als SchülerInnen, egal welcher Herkunft, gemeinsam, solidarisch und internationalistisch organisieren. Uns Jugendliche sollte doch insbesondere die Zukunft interessieren. Wir haben allen Grund gegen die Zustände zu kämpfen mit denen die Flüchtlinge betroffen sind und die Ursache ihrer Flucht – das kapitalistische System!

Wie können wir die Bewegung unterstützen und den Streik zu einem Erfolg machen?

Als erstes können wir Aufmerksamkeit erregen. Es kann klein beginnen. Mit Diskussionen im Unterricht oder einfach dadurch, dass wir MitschülerInnen über den Streik und die Forderungen der Flüchtlinge Informieren. Dafür gibt es einen Aufruf unterschiedlicher Organisationen und des Bündnisses, dass für die Aktion mobilisiert. Tretet in Kontakt mit dem Bündnis und lasst euch von AktivistInnen wie uns dabei helfen an eurer Schule für den Streik zu werben. Dafür ist es sinnvoll die GesamtschülerInnenvertretung zu nutzen. Wenn diese den Streik unterstützt, sollte sie eine Vollversammlung aller

SchülerInnen organisieren, auf über die Ziele und die Organisierung der Aktion diskutiert werden kann. Am besten ist es, wenn ihr auch ein Aktionskomitee aller UnterstützerInnen an eurer Schule organisiert. Dort können politische Fragen diskutiert und weitere Aktionen geplant werden. Organisiert einen Stand, einen Projekttag, verteilt Flyer an eurer und anderer Schulen in eurer Nähe. Außerdem kann das Aktionskomitee ein guter Ort für Vernetzung mit anderen SchülerInnen und linken AktivistInnen sein. Das Aktionskomitee kann auch gemeinsam gegen Drohungen und Repressionen seitens der Schulverwaltung oder der Direktoren vorgegangen werden.

Warum streiken wir eigentlich während der Schulzeit?

Die einfachste Antwort ist, dass es kein Streik außerhalb der Schulzeit wäre. Wir tun dies, um den „normalen Betrieb“ außer Gang zu setzen. Denn wir wollen gegen die abnormal schlechten Bedingungen unter denen die Flüchtlinge leben die Schulen bestreiken, deren Besuch ihnen verwehrt bleibt. Der Streik ist das beste Mittel, um politischen Druck aufzubauen. Gleichzeitig organisieren sich SchülerInnen bewusst: für ihre Forderungen, für die Forderungen der Flüchtlinge und gegen den Senat, der uns am streiken hindern will.

Dürfen SchülerInnen eigentlich streiken?

Die Frage sollte nicht sein, ob sie es dürfen, sondern ob sie es können. Das undemokratische Streikrecht in Deutschland verbietet politische Streiks für ArbeiterInnen, um die KapitalistInnen und PolitikerInnen vor ihrer Macht zu schützen. Für SchülerInnen gibt es kein Recht, aber auch kein Verbot zu streiken. Natürlich versuchen die Regierung und die BürokratInnen aus der Schulverwaltung uns von unserem Protest abzuhalten. Doch umso besser wir organisiert sind, umso schwerer wird es ihnen fallen uns daran zu hindern. In Spanien erkämpften Studierende ein offizielles Streikrecht – durch einen Streik! Oder wie sagt man so schön, einen Finger kann man brechen, aber fünf Finger sind eine Faust. Also lasst uns organisieren und den Streik so

groß wie möglich machen.

Darf mein/e LehrerIn mir eine Sechs geben?

Frage lieber, sollte er/sie dir eine Sechs geben? Die Gewerkschaft der LehrerInnen (GEW) unterstützte in der Vergangenheit immer den Streik, dein/e LehrerIn sollte es auch tun. Viele SchülerInnen sind während der LehrerInnenstreiks für höhere Löhne zusammen mit ihnen auf die Straße gegangen. Das sollten die LehrerInnen nun auch mit uns SchülerInnen tun. Aber falls du LehrerInnen hast, die euch mit Strafen drohen, dann mache das öffentlich oder kontaktiere uns. Im Grunde gilt das gleiche, wie bei der Frage, ob wir überhaupt streiken dürfen. Wenn du einen Test an dem Tag hast und unentschuldigt fehlst, weil du streikst, könntest du eine Sechs bekommen.

Aber können diese LehrerInnen einer ganzen Klasse eine Sechs geben oder sie alle als unentschuldigt Einschreiben? Die Erfahrung zeigt, dass das nicht möglich ist. Einen Tadel darfst du dafür eigentlich auch nicht bekommen. Genauso wenig haben Direktoren oder LehrerInnen das Recht dich am Verlassen des Schulgeländes zu hindern. Außerdem können dich deine Eltern auch aus politischen Gründen vom Unterricht entschuldigen. Das Argument der Aufsichts- und Schulpflicht gilt dann nur bedingt, denn es gibt auch ein im Grundgesetz verankertes Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Wir treffen eine politische Entscheidung, wenn wir zum Streik gehen. Wir brechen bewusst die Regeln eines Staates, der unsere Freunde und MitschülerInnen diskriminiert und zurück in Kriegs- und Krisengebiete deportiert.

Ich habe gehört, dass der Streik von „linksradikalen Gruppen“ vereinnahmt wird. Stimmt das?

Es stimmt, das linke Organisationen, AktivistInnen und GewerkschafterInnen den Streik organisieren. Die meisten der Organisatoren sind Jugendliche, SchülerInnen, Auszubildende oder Studierende wie du. Aber die eigentliche Frage ist doch, ob dieser Streik berechtigt ist? Ist es falsch gegen Abschiebung und gegen das rassistischen

Asylgesetze zu demonstrieren? Ist es falsch für gleiche demokratischen Rechte, ein Recht auf Arbeit und gute Bezahlung der Flüchtlinge auf die Straße zu gehen? Warum organisieren denn diejenigen – ob Presse, PolitikerInnen oder möglicherweise einige LehrerInnen von dir – die das sagen keinen Protest für die Flüchtlinge? Sie tun das nicht, weil sie entweder nichts an der Situation ändern wollen oder weil sie selbst die rassistischen Gesetze unterstützen. So verbreitet die Springer-Presse den Rassismus herrschender Parteien völlig kritiklos. Aber wenn Linke und KommunistInnen wie wir gegen diese menschenverachtende Politik demonstrieren, dann „vereinnahmen" wir „die Jugendlichen".

Das einige den Protest als Vereinnahmung denunzieren, zeigt nur, dass sie SchülerInnen nicht zutrauen eine eigene politische Meinung zu haben. Wir hingegen finden es gut, wenn sich Jugendliche politisch organisieren. Wir trauen allen SchülerInnen zu sich ein eigenes Bild zu machen. Ganz im Gegenteil zu den PolitikerInnen, der rechten Presse und den KapitalistInnen, die sich gerade davor fürchten, dass wir eine eigene Meinung haben.

Wenn ihr also die Inhalte des Streiks gut findet, dann geht am 24.04. zusammen mit uns auf die Straße. Wenn ihr unsere Artikel interessant findet, dann macht euch selber ein Bild über uns und besucht unsere Ortsgruppentreffen.

Ein Artikel von Georg Ismael, REVOLUTION-Berlin

REVOLUTION-Plenum, jeden Montag ab 18 Uhr in der Florastraße 84 (nähe S-Bhf. Wollankstraße und S+U Bhf. Pankow) im unabhängigen Jugendzentrum Pankow im 2. Stock

Nieder mit den G7! Mobilisieren, demonstrieren, blockieren!

Schon die Reduzierung der Gipfelteilnehmer zeigt die aktuellen Verhältnisse der imperialistischen Weltordnung auf: Moskau ist nicht mit dabei. Das imperialistische Russland befindet sich derzeit im Konflikt mit den USA und der EU. In der Ukraine erleben wir, was der Imperialismus unter „Neuaufteilung der Welt" versteht. Die USA und die EU unterstützen die neue Regierung aus Oligarchen, Nationalisten und ihrem faschistischen Fußvolk. Da Putin nicht klein beigibt, darf er auch nicht zum G7-Gipfel nach Elmau.

Immerhin darf Russland noch zum G20-Treffen. Hier versuchen die imperialistischen „Kernländer", ihre Interessen abzugleichen und anderen zu diktieren. Wichtigster Punkt der G20-Verhandlungen ist die Lockerung des Marktzugangs für das Finanzkapital, „Freihandel" genannt, der z.B. durch das TTIP-Abkommen für die USA und die EU gelten soll. Gleiches findet derzeit auch in der APEC statt. Dieses pazifische Bündnis umfasst neben den USA und China auch Japan, Russland und Südkorea.

Der Imperialismus steckt seit dem Weltwirtschaftseinbruch von 2007/08 in einer tiefen Krise. Das bedeutet jedoch nicht, dass er einfach zusammenbricht. Im Gegenteil: er versucht, seine Krise auf Kosten der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu „lösen". Die Aussage des Milliardärs Warren Buffet ist inzwischen fast schon „berühmt": „Es wird Klassenkrieg geben und meine Klasse – die der Reichen – wird diesen Krieg gewinnen".

Während für die Bourgeoisie die Klassengesellschaft existiert und die Aufgaben „ihrer" Klasse klar ist, ist dies leider auf Seiten der Linken und der Arbeiterklasse nicht der Fall. Das System Imperialismus zu nennen wird von manchen Linken abgelehnt. Aus der Krise konkrete politische Schlüsse und Forderungen für die ArbeiterInnenklasse abzuleiten, wird oft abgelehnt. Dass dieses System revolutionär bekämpft und gestürzt werden muss, sagen nur Wenige. Was dafür konkret nötig wäre, bleibt oft unklar.

Neuaufteilung der Welt

Die ArbeiterInnenklasse wie auch die BäuerInnen und die Jugend verlieren viele soziale Errungenschaften und stehen harten Angriffen des Kapitals gegenüber. Nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2007/08 wurden die Lebensmittelmärkte vom spekulativen Kreditkapital geflutet. Die Folge waren Hungerproteste in über 40 Staaten.

Die Konkurrenz der imperialistischen Staaten und Blöcke ist neu entflammt. Die EU, die USA, Japan und die aufstrebende imperialistische Macht China konkurrieren um Märkte, Rohstoffe und Arbeitskräfte. Die EU ist bisher daran gescheitert, die USA als mächtigsten Wirtschaftsraum abzulösen, konnte aber den Euro als Weltwährung Nr. 2 etablieren und versucht weiterhin, Osteuropa, die Ex-UdSSR und den „Mittelmeerraum" ökonomisch und politisch zu unterwerfen.

China versucht, Brasilien, Russland und Indien anzuführen, um die alten imperialen Verhältnisse herauszufordern. Auch Russland sucht neue Partner. Dies führt einmal zu weiterer Kooperation mit China, aber auch zu neuen Bündnissen mit der Türkei oder Brasilien.

In der Ukraine sehen wir, wie die Neuaufteilung der Welt funktioniert. Lt. US-Vizeaußenministerin Nuland wurden 5 Mrd. Dollar in die dortige Opposition gesteckt. Deutschland investierte in die „UDAR"-Partei Klitschkos und in das Wahlbündnis für Poroschenko. Dabei wurde bewusst mit nationalistischen und faschistischen Gruppierungen kooperiert. Diese bauten die Nationalgarde und das Asow-Bataillon auf. Die Milizen des „Rechten Sektors", welche die neue Kiewer Regierung militärisch unterstützen, führten das Massaker von Odessa am 2. Mai 2014 durch. Dagegen erhob sich berechtigter Widerstand in der Ostukraine, welcher von antifaschistischen und auch russisch-nationalistischen Kräften getragen wurde und über den Russland versucht, seine Interessen in der Ukraine durchzusetzen.

Die USA und die EU wollen sich den Wirtschaftsraum der Ukraine einverleiben – mit den bekannten Nebenwirkungen: vollständiger Marktzugang für das Finanzkapital, Privatisierung der Staatsbetriebe, Abbau

und Plünderung der Sozialsysteme – das sind die Aussichten des neuen Regimes in der Ukraine für die Massen. Dabei treten auch offene Widersprüche zwischen dem US- und deutschen Imperialismus zu Tage. Während die USA die Konfrontation mit Russland offen betreibt, ist der deutsche Imperialismus eher an einer strategischen Partnerschaft mit ihm (und damit auch den BRIC-Staaten) interessiert.

Dieser Konflikt führt auch zu mehr Aufrüstung. Die bürgerlichen Medien warnen vor den Expansionsgelüsten Russlands, während die Nato weitere Staaten der Ex-UdSSR aufnehmen will, z.B. Georgien und Aserbaidschan.

Die Zerstörung der Lebensgrundlagen

Seit der Krise 2007/08 haben die Großbanken und Konzerne und die meisten Bourgeois ihre Vermögen wieder steigern können. Speziell die großen Notenbanken der USA, Japans, der EU und Chinas warfen die Notenpresse an. So billig kam der Finanzmarkt selten zu Geld wie in den letzten 6 Jahren. 0%-Zinspolitik der FED oder auch die 0,05% der EZB halfen den „notleidenden" Banken, schnell wieder den Kredithahn aufzudrehen. Damit ist auch die Kreditzufuhr für die Großkonzerne gesichert. Die Krise der billigen Kredite wurde durch noch mehr billige Kredite, diesmal aber nur für das Finanzkapital „gelöst". So konnten die Börsen sich erholen und 2014 sogar neue Rekorde feiern. Dies steht in keinem Zusammenhang zu allen sonstigen Wirtschaftsindikatoren. Allein das billige Leihkapital, welches in die Börse gesteckt wurde, sorgte für neue Rekorde und für neue Vermögenszuwächse der Bourgeoisie. Während die Bourgeoisie also wieder zahlungsfähig ist, sind nun die meisten Staaten hoch verschuldet und Millionen Beschäftigte haben ihren Job verloren.

Gleichzeitig bedroht der Imperialismus die Lebensgrundlagen der Menschheit: z.B. die Trinkwasserversorgung, durch zunehmende Vermüllung und Verschmutzung der Umwelt, durch den Missbrauch von Agrarflächen usw. All dies geht zu Lasten künftiger Generationen und zeigt, dass diese Gesellschaft nicht nachhaltig und gemäß den menschlichen Bedürfnissen wirtschaften kann. Es kann daher auch keinen „grünen Kapitalismus" geben.

Profitwirtschaft und nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen schließen einander aus. Wir müssen darum für eine demokratisch-sozialistische Planwirtschaft kämpfen, die das Mensch-Naturverhältnis nachhaltig berücksichtigt, damit künftige Generationen auf diesem Planeten noch produzieren und leben können. Die Bourgeoisie investiert im „grünen Bereich“ nur, wenn ihre Vorteile gegenüber der Konkurrenz sicher sind – daher ist jede ökologische Frage auch eine Klassenfrage.

Sparpolitik

Auf den Finanzmärkten wurde wenig gespart: nur manche „Boni“ für die leitenden Angestellten wurde öffentlich diskutiert. Gespart wird an den staatlichen Systemen, im Sozialbereich, der Gesundheitspflege, der Rente und im öffentlichen Dienst.

In der EU wurde aus der Wirtschaftskrise schnell eine Krise der Staatsschulden. Schließlich hatten die Staaten ja „ihre“ Bourgeoisie und die dazugehörigen Banken und Großkonzernen mit Milliarden und Billionen gerettet. Speziell die EU kann als „Feldversuch“ für die Sparpolitik angesehen werden, v.a. Griechenland, Portugal, Spanien und Italien wurden rigorosen Austeritätsangriffen unterworfen. Ausgearbeitet vom deutschen Imperialismus und der EU- Bürokratie in Brüssel, wurde ihnen der „Fiskalpakt“ aufgezwungen, welcher vorschreibt, wie viele Schulden gemacht werden dürfen. Um das durchzupeitschen, wurden gewählte Regierungen in Griechenland und Italien durch „Expertenregierungen“ ersetzt, deren Spitzen Papademos und Monti nicht zufällig zuvor auch für die EZB bzw. die EU- Kommission tätig waren. Diese „Experten“ setzen dann die Sparangriffe durch, meist gestützt auf eine breite parlamentarische Mehrheit von bürgerlichen und „sozialdemokratischen“ Parteien.

In Griechenland wurde eine „Troika“ installiert, welche seit 2011 die finanztechnischen Staatsgeschäfte führt, Einsparungen und Privatisierungen vorantreibt und de facto von Berlin und Brüssel gesteuert wird. Die Sozialsysteme sind dort flächendeckend zusammengebrochen. Arbeitslosengeld gibt es nur noch für wenige Monate. In Griechenland müssen sich viele Haushalte zwischen Stromrechnung und

Krankenversicherung entscheiden.

Diese Politik führte zur Massenarbeitslosigkeit in Südeuropa. Viele Firmen kollabierten und der Öffentliche Dienst wurde massiv abgebaut. Arbeitslosenquoten von 20-30% sind in Südeuropa die Regel. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt vielerorts zwischen 40-50%. Hier wird eine ganze Generation praktisch aussortiert. Diese jungen ArbeiterInnen sind jetzt auf Anstellung im europäischen Norden angewiesen.

Die nördlichen EU-Staaten verschärfen im Gegenzug ihre Einwanderungsbestimmungen und betreiben rassistische Auslese an den Grenzen nach dem Motto „Wer als FacharbeiterIn oder AkademikerIn billig bei uns arbeitet, ist willkommen". Die anderen werden als „Armutsflüchtlinge" diskriminiert. Immer mehr Flüchtlinge kommen aus Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten, deren Staaten heute kaum noch ein Überleben bieten können.

Die Geflüchteten haben 2014 Proteste in Deutschland und der EU organisiert, um auf ihre rechtlosen Zustände hinzuweisen. Kapital und Staat nutzen diese Verhältnisse zur weiteren Spaltung der Klasse, schüren Rassismus und Nationalismus. Die Proteste richteten sich v.a. gegen Lagerunterbringung, Residenzpflicht, Arbeitsverbot, Asylbewerber-Leistungsgesetz, Dublin-Abkommen und traten für Anerkennung, Bleiberecht und Arbeitserlaubnis ein.

Neben der sozialen und rassistischen Spaltung vertieft sich auch der Gegensatz zwischen den Geschlechtern. Es gibt ein massives ideologisches Rollback, was sich im Verbot der Abtreibung
in Spanien äußert oder auch in der „Herdprämie" in Deutschland. Gleichzeitig werden Frauen weiterhin überausgebeutet. Während der Arbeitsmarkt ihnen oft nur prekäre Niedriglohnjobs bietet, brüstet sich die Politik mit ihrem Eintreten für die „Frauenquote" in Vorständen und Aufsichtsräten. Doch nach wie vor lastet das Gros der unbezahlten Hausarbeit auf den Frauen, v.a.auf Müttern und Alleinerziehenden. Osteuropäische Frauen sind oft „moderne WanderarbeiterInnen", arbeiten als Altenpflegerin u.ä. Berufen im sozialen Bereich in Westeuropa und

finanzieren mit ihrem Gehalt ihre Familie zu Hause. Im globalen Maßstab sind Frauen noch schärfer an die Reproduktionsarbeit und Landwirtschaft gebunden und müssen ihre Familien unterhalten.

Der Kampf der Jugend, der Frauen und der Refugees sind wichtige Kämpfe für die radikale Linke und die ArbeiterInnenbewegung. Hier müssen wir gegen die bürgerlichen Spaltungen der Gesamtklasse vorgehen und Internationalismus und Solidarität beweisen und treten dabei für den Aufbau einer revolutionären Jugendbewegung und einer proletarischen Frauenbewegung ein.

Widerstand gegen die imperialistische Welt(un)ordnung

Die Massenbewegungen des Arabischen Frühlings von 2010/11 in Nordafrika, Nah- und Mittelost waren ein Aufbäumen gegen die imperialistische Ordnung. Millionen stürzten die alten Vasallenregime eines Mubarak, Ben Ali und Gaddafi stürzen. Die Rufe nach Demokratie und Gerechtigkeit erschütterten diese Weltregion.

In Syrien konnte die FSA nicht gegen das Assad-Regime siegen. Die fortschrittlichen Kräfte sehen sich jetzt gemeinsam mit den KurdInnen aus Rojava gleich drei konterrevolutionären Kräften gegenüber: dem Assad-Regime, den reaktionären Djihadisten und den imperialistischen Mächten.

Umso beispielhafter ist daher der Kampf der KurdInnen in Nordsyrien, welche in Rojava eine demokratische Selbstverwaltung aufgebaut, eigene Volksverteidigungskräfte inklusive Fraueneinheiten aufgestellt haben und eine progressive Alternative zum reaktionären Islamismus und den imperialistischen Marionettenregimen aufzeigen.

Auch in Europa protestieren Millionen gegen die Sparangriffe. Allein in Griechenland gab es dutzende Generalstreiks. Ende 2014 flammen Proteste in Italien und Belgien auf. Die EU ist nicht nur Zentrum der Krise, sondern auch ein potentieller Widerstandsherd.

Weltweit haben sich neue politische Bewegungen gebildet, wie die „Occupy“-Bewegung in den USA oder die „Indignados“ in Spanien. Aus letzteren ist

eine neue Partei, Podemos, entstanden, welche möglicherweise 2015 die Wahlen in Spanien gewinnen kann. Die Krise des Imperialismus hat in vielen Weltregionen für Massenwiderstand gesorgt. Oft wurden ganze Generationen in diese Proteste und Aufstände gezogen wie beim Arabischen Frühling, bei „Occupy Wallstreet“ und den Protesten in Südeuropa, jedoch brachen sie meist schnell zusammen.

Was fehlte, war ein klarer Klassenstandpunkt und eine revolutionäre Perspektive für eine neue Gesellschaftsordnung – oft wurde nur an die leere Hülle der „Demokratie“ appelliert. Allen gebricht es an einer revolutionären Klassenperspektive: Forderungen nach einem gesamteuropäischen Generalstreik, nach klassenkämpferisch-antibürokratischer Basisopposition in Gewerkschaften und Betrieben, nach Arbeiterregierungen und nach Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas fehlen vollständig.

Aufstieg der Rechten

In Europa existiert eine ganze Palette von Rechten: rechtskonservative MittelstandskleinbürgerInnen à la AfD in Deutschland, RechtspopulistInnen à la UKIP in Großbritannien, die ähnlich wie die rechtsextreme „Front National“ in Frankreich anstreben, die stärkste Kraft zu werden. Dazu kommt der offen faschistische Mob wie „Chrysi Avgi“ in Griechenland oder Jobbik in Ungarn. Die Rechten versuchen, die Krise für sich zu nutzen und können je nach Lage des Kapitals vor Ort von diesem auch immer mehr Unterstützung generieren. Es sind Teile des Kleinbürgertums und des Mittelstands, aber auch rückständige Teile der Lohnabhängigen, denen durch die imperialistische Konkurrenz die soziale Deklassierung droht. Diese Ängste spielen auch eine wichtige Rolle bei rassistischen Mobilisierungen wie Pegida. Sie sind Bewegungen, in denen sich auch offen faschistische Kräfte tummeln.

Die Linke darf sich im Kampf gegen Rechts nicht als „wahre Verteidiger“ der bürgerlichen Demokratie aufspielen. Stattdessen brauchen wir eine gesellschaftliche Alternative, müssen aufzeigen, wie wir gegen Kapitalismus, Rassismus und Armut kämpfen können und wie der Sozialismus die soziale Lage und Möglichkeiten der Massen verbessern kann. Die Linke und die

ArbeiterInnenbewegung müssen lernen, sich selbst zu schützen und kein Vertrauen in den Staat zu hegen. Dazu gehört der Aufbau von Selbstverteidigungsstrukturen, der Schutz von Demos und Veranstaltungen und die Einbeziehung der ArbeiterInnenbewegung für solche Maßnahmen – das ist proletarischer Antifaschismus.

Für antikapitalistisch-revolutionäre Politik!

Die organisierte ArbeiterInnenbewegung hatte den Angriffen des Kapitals in dieser Krise wenig bis nichts entgegenzusetzen. Gewerkschaftsführungen und sozialdemokratische Parteien versuchen, die Sparangriffe und Kürzungen mitzuverhandeln, betreiben weiter nationalistische Standortpolitik und versagen beim Organisieren international koordinierten Widerstands. Wo sie Widerstand leisten, wie bei den Generalstreiks in der Textilindustrie Kambodschas 2013/14, treffen sie auf die Repression von Kapital und Staat.

Dort, wo Gewerkschaften berechtigte Forderungen aufgreifen, wie bei der Kampagne „Fight for 15 Dollar“ in den USA, gelingt es durchaus, Hunderttausende zu mobilisieren. Diese Beispiele, welche die Kraft der organisierten ArbeiterInnenklasse symbolisieren, fanden aber bisher nur wenig Nachahmer – vielerorts verweigerten die Führungen der ArbeiterInnenbewegung sogar das Mindestmaß an Verteidigungskämpfen.

So wandten sich einige Protestbewegungen, speziell in Europa, bewusst von den etablierten Organisationen der Klasse ab, betreiben stattdessen eine Politik für „mehr Demokratie“ und vereiteln damit einerseits die Möglichkeit, die Klasse zu mobilisieren lassen und andererseits, deren untaugliche Führungen politisch herauszufordern und zu bekämpfen.

Der Ruf nach „Demokratie“ kommt oft aus den „breiten“ Protestbewegungen oder Parteien, in denen verschiedene Schichten vertreten sind, denen es unter der bürgerlichen Demokratie vor der Krise gar nicht schlecht ging; oder er kommt von Linken, die meinen, mit dem Kampf für „mehr oder echte“ Demokratie mehr Menschen gewinnen zu können. So verständlich und richtig es auch ist, den scheinheiligen Charakter der heutigen Demokratie

anzugreifen, so falsch ist es, die politische Perspektive auf den Kampf für Demokratie zu begrenzen.

Demokratie ist immer eine Form von Klassenherrschaft. Das A und O für die organisierten Arbeiterbewegung und für den Widerstand ist nach wie vor die Herrschaft des Reformismus über Massenparteien und Gewerkschaften: die Integration der Arbeiterschaft in „ihren" imperialistischen Staat, die Kollaboration mit „ihren" Unternehmern ist sein Geschäft, Sozialchauvinismus und Klassenverrat, Verteidigung des Kapitalismus sein Inhalt – bei SozialdemokratInnen wie (Post-)StalinistInnen!

Die radikale Linke hat auf diese Fragen keine oder nur abstrakte Antworten – sie ist orientierungslos. Oft wurde jeder „Occupy"- oder „Blockupy"-Bewegung weitgehend kritiklos hinterhergerannt. Ein antikapitalistisches und revolutionäres Profil war kaum zu finden. Ausgedrückt wird diese Entwicklung z.B. von SYRIZA in Griechenland. Gestartet mit der Ablehnung jeder Troika-Sparmaßnahme hat sie inzwischen kapituliert, akzeptiert insgesamt die Sparauflagen und schürt Illusionen in die „Reformierbarkeit" des bürgerlichen Systems in Griechenland, obwohl das katastrophale Scheitern dieses Systems den Massen jeden Tag vor Augen geführt wird. SYRIZA ging nicht nur ohne Not eine Koalition mit der reaktionären ANEL ein, sie – wie ihre Schwesterparteien von der Europäischen Linken – hat bisher auch wenig bis nichts dafür getan, europaweit Protest und Widerstand voran zu bringen. Daher fordern wir einerseits den Bruch mit ANEL (was eine Minderheitsregierung bedeuten kann) und den EU-Diktaten, verteidigen SYRIZA andererseits aber gegen die Angriffe der Reaktion.

Für eine revolutionäre Jugendinternationale

Weltweit kämpfen Jugendliche an der Spitze von Bewegungen gegen Imperialismus, Krieg, Ausbeutung und Rassismus. Als Jugendliche sind sie vielfältiger Unterdrückung unterworfen als BilligarbeiterInnen, als Arbeitslose oder gar als Kanonenfutter im Krieg. Selbst in den „demokratischen Ländern" werden ihnen bürgerliche Rechte vorenthalten.

Das ist die Zukunftsperspektive der Jugend im heutigen Kapitalismus. Der

großen Mehrheit bietet er ein Leben, das noch schlechter wird als jenes ihrer Eltern. Kein Wunder, dass Jugendliche oft radikaler und kämpferischer sind. Zugleich erleben sie auch in der ArbeiterInnenbewegung und Linken oft genug Bevormundung und Diskriminierung die Reproduktion der Unterdrückung der Jugend in der bürgerlichen Gesellschaft und in der Familie.

Daher brauchen Jugendliche auch eigenen Strukturen in Gewerkschaften und ArbeiterInnenorganisation, unabhängige, selbst organisierte Bewegungen, um Erfahrungen zu machen und die eigene Unterdrückung zu thematisieren. Vor allem braucht es aber eine revolutionäre Jugendorganisation und Jugendinternationale, und um das volles Potential im Kampf und beim Aufbau einer neuen revolutionären ArbeiterInneninternationale einzubringen.

Für revolutionäre Parteien und eine revolutionäre Internationale!

Dafür tritt
die Liga für die 5. Internationale in den Bewegungen und Umgruppierungen in der Linken und der ArbeiterInnenklasse ein. Wir brauchen eine „Wiedererarbeitung“ einer marxistischen Analyse des Kapitalismus und der kommunistischen Methoden und Taktiken, um die ArbeiterInnenbewegung für eine revolutionäre Politik gewinnen zu können. Dabei müssen wir darstellen, wie Proteste und Widerstand gegen die Krise revolutionär gelöst und weitergetrieben werden können, welche Möglichkeiten im Aufbau von Räten, im Aufbau von Selbstverteidigungsorganen, im Aufbau einer revolutionären Partei liegen.

Wir rufen alle linken und antikapitalistischen Kräfte auf, mit uns die Fragen des revolutionären Programms, des Parteiaufbaus und der Methoden und Taktiken dafür zu diskutieren und umzusetzen!

Wir brauchen revolutionäre Parteien, die gegen das Chaos des Imperialismus für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen, die der Diktatur des Kapitals die Diktatur des Proletariats entgegensetzen. Eine revolutionäre Partei muss aufzeigen, wie eine demokratisch kontrollierte Planwirtschaft heute das Chaos des Imperialismus beenden kann. Rosa Luxemburgs Alternative

„Sozialismus oder Barbarei“ ist aktueller denn je. Sie ist die Alternative, vor der wir heute stehen.

Wir brauchen eine revolutionäre Linke, die sich international organisiert, die Fragen des globalen Klassenkampfs diskutiert und zu gemeinsamen programmatischen und praktischen Schlussfolgerungen kommt – deswegen treten wir für den Aufbau einer revolutionären, der 5. Internationale ein.

Termine

4.6.-8.6.: Camps und Aktionen vor Ort
6.6.: Großdemo Garmisch-Partenkirchen
7.6.: Sternmarsch nach Elmau

Infos und Website des Aktionsbündnis „Stop G7″
http://www.stop-g7-elmau.info/

Ein gemeinsamer Aufruf von Arbeitermacht und REVOLUTION

Erster Mai 2015, der gemeinsame Nenner

Alle Jahre wieder kommt der der Kampftag der Arbeiter_Innenklasse. Die „Internationalen Krisen“ zeugen davon, dass es wichtiger denn je ist gegen ihren gemeinsamen Nenner, den Kapitalismus und die ihm innewohnenden Krisen vorzugehen. Ob es nun um den Irak geht, in dem es nach Jahren von Krieg, und kriegerischer Auseinandersetzung, bzw. „Demokratieexport“ die faschistische Terrormiliz IS geschafft hat den Staat zu stürzen und den Krieg in den Nahen Osten exportiert. Oder um rassistische Bewegung in Deutschland, die gegen Migrant_Innen, die angeblich die deutsche Leitkultur unterwandern sollen, auf die Straße gehen oder ob es um den neuen (k)alten Krieg zwischen dem russischen und amerikanischen Imperialismus geht, der

diesmal auf ukrainischem Grund ausgetragen wird.

Doch Krieg und Rassismus sind nicht alles was der Imperialismus kann. Auch in den Kerngebieten fängt es langsam an zu brodeln. Der sozialdemokratische Präsident Frankreichs, Francois Hollande, setzt historische Sparprogramme in Frankreich durch. 50 Milliarden Euro des Staatshaushaltes sollen in den nächsten 2 Jahren eingespart werden. Unter anderem durch Einfrieren von Pensionen, Beamtengehältern und der Kürzung diverser Sozialhilfen. Wenn man bedenkt, dass Frankreich wirtschaftlich wie politisch die Nummer zwei in der Eurozone ist, kann man sich an fünf Fingern abzählen, wo die nächsten Sparmaßnahmen stattfinden werden. In Deutschland wird gerade von der Bertelsmann Stiftung (einem der größten Wirtschaftsinstitute, mit starkem Einfluss in der Politik) über eine Neuauflage der „Agenda 2010"(Zeitarbeit, Leiharbeit, Hartz 4), einer Agenda 2020 sinniert. Auf Internationaler Ebene bietet TTIP (Kurz erklärt: staatliche Regularien gegenüber Arbeitgebern werden beschnitten, und somit der Arbeitsschutz, das Streikrecht und ähnliches verwässert.) eine prima Grundlage, die von der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts erkämpften Rechte der Bourgeoisie zurückzugeben, ganz versöhnlerisch, über den Rücken der bürgerlichen Parlamente, mit Knicks und kurzer Entschuldigung für diese hundertjährige „Albernheit".

Doch da, ein Lichtblick für die europäische Arbeiter_Innenklasse: In Griechenland kommen „echte Linke" unter SYRIZA an die Regierung. Sie versprechen das Spardiktat der EU zu brechen, und der Linken in ganz Europa zu zeigen, dass es eben nicht nur einen Ausweg aus der Krise gibt, nicht nur Sparen, Sparen, Sparen am Proletariat. Doch auch diese Hoffnungen wurden schnellstmöglich zerstört. Anstatt mit linken Kräften in ein Bündnis zu treten wird der griechischen Kapitalistenklasse Tür und Tor ins Parlament geöffnet, die rechtspopulistische Partei ANEL ist der Koalitionspartner der angeblichen Sozialisten. Prompt werden die Versprechen über das Aussetzen der aufgezwungenen Sparpolitik gebrochen, z.B. durch die Unterstützung anstehender Privatisierungen und die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Anscheinend beträgt die Halbwertszeit von Sozialist_Innen in bürgerlichen Parlamenten mittlerweile weniger als einen

Monat. So geht’s dann wohl doch nicht!

Wie eingangs erwähnt, ist es wichtig wie eh und je gegen den gemeinsamen Nenner – gegen den Kapitalismus auf die Straße zugehen, denn weder etablierte Parteien noch deren Politiker werden den Kampf gegen Kürzungen im öffentlichen und sozialen oder gegen historische Angriffe auf’s Arbeitsrecht für uns führen. Geschweige denn gegen Rassist_Innen und Faschist_Innen, die sich gerade wieder unter dem Banner von Pegida, Legida und Co. sammeln und auf die Straße gehen. Im Gegenteil, selbst linke Parteien beteiligen sich an den Sparprogrammen. Und die Basis nimmt es zähneknirschend hin. Auch die korrumpierten Gewerkschaftsführungen verraten die Arbeiter_Innen im Akkord. Gerade lehnte die IG Metall die Forderung vom IWF nach mehr Lohn zur Stabilisierung der Konjunktur ab.

Da blitzen längst vergangene Wahrheiten wieder durch: Es kann die Befreiung der Arbeiter_Innen nur das Werk der Arbeiter_In sein. Kein Vertrauen in die Bürokraten und die oportunistische Führung von SPD, Die Linke und den Gewerkschaften. Für die Organisierung der werktätigen Massen gegen alle Kürzungsprogramme und für die Zerschlagung des Kapitalismus und seiner bürgerlichen Regierungen!

Drum raus zum revolutionären ersten Mai! Lasst uns gegen Krise, Krieg und Kapital, für die globale Revolution auf die Straße gehen. Doch lasst es uns nicht dabei belassen. Wer den Kapitalismus wirklich stürzen will muss ein revolutionäres Programm in die Basis bürgerlicher Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und in real existierende Kämpfe tragen.

Ob in Berlin, Kiew oder Athen muss unsere Parole lauten: One Solution, Revolution.

Ein Aufruf von REVOLUTION Germany

Neujahrsfest in Kurdistan – ein Bericht von Newroz in Diyarbakir

Dies ist ein persönlicher Bericht über das Newroz-Fest in Diyarbakir im März 2015. Eine Genossin schildert darin ihre Eindrücke. Selbstverständlich sind wir um Objektivität bemüht, bitten jedoch um Nachsicht, falls Schlussfolgerungen aus subjektiver Wahrnehmung resultiert sind.

Am frühen Freitagmorgen machen wir uns vom Taksim-Platz in Istanbul auf den Weg Richtung Flughafen. Wir fahren mit dem Shuttle-Bus auf die asiatische Seite, voller Vorfreude hoffen wir, dass es keinen Stau auf der Bosporus-Brücke gibt. An der Sicherheitskontrolle scherzt mein Kumpel Ciwan noch, dass nur die Deutsche piept, eindeutiger Terrorismusverdacht. Wir treffen dort Freunde von ihm, die das gleiche Ziel haben wie wir, die kurdische Hauptstadt Diyarbakir, oder Amed, wie es auf kurdisch heißt. Dort wird am Samstag das Neujahrsfest Newroz statt finden, welches vor allem für die KurdInnen in dieser Region eine große Bedeutung hat. Mehrere Millionen Menschen werden erwartet, um den Frühlingsbeginn zu feiern, die Familie wieder zu sehen und sich auf seine kurdische Identität zu besinnen. Denn Newroz ist mehr als nur ein Festival, auf dem Halay, der traditionelle kurdische Tanz, getanzt wird. Die aktuelle Bedrohung der KurdInnen, zum einen militärisch durch den Islamischen Staat, vorallem in syrisch-Kurdistan, aber auch die staatliche Unterdrückung in der Türkei, die KurdInnen sozial benachteiligt, übt einen starken Druck auf die kurdische Gemeinschaft aus. Vor allem die Bewahrung der Sprache spielt eine zentrale Rolle. Oft diskutieren meine Freunde darüber, wie sie ihre eigenen Kurdischkenntnisse verbessern können, während im Alltag komplett auf türkisch kommuniziert wird und wie sie ihren Kindern später einmal erklären sollten, dass sie die Sprache ihres Volkes nicht perfekt beherrschen.

Als wir in Diyarbakir ankommen, holt uns Ciwans Freundin Jiyan vom winzigen Flughafen ab. Dort ist heute aber die Hölle los, klar, bei so viel

Besuch in der sonst ruhigen Stadt. Den Nachmittag verbringen wir in einem kleinen linken Café im Stadtzentrum, trinken Cay, spielen Backgammon und im Hintergrund läuft kurdische Musik, in der die Heldentaten der PKK, der kurdischen Arbeiterpartei, besungen werden. Am Abend müssen wir den guten Wein aus der Stadt probieren und mit jedem Glas verbessern sich meine Halaytechniken. Der Tanz hat viele verschiedene Variationen, jedoch tanzt man ihn immer im Kreis, fässt sich an den Händen an und macht Schritte in verschiedenen Geschwindigkeiten. Schon an diesem Abend fühle ich mich aufgenommen in einer Gemeinschaft, die sich freut, mir ihre Traditionen zu erklären, und ich ärgere mich immer mehr über die Unterhaltung, die ich einige Tage zuvor in Istanbul mit einem Bekannten hatte, der meinte, das dort im Osten, das sei keine Zivilisation und wenn ich nicht lebend zurück kommen würde, dann hoffe er, ich hätte bis dahin ein schönes Leben gehabt. Mir kommt der Abend alles andere als gefährlich vor, bis wir das Kulturzentrum verlassen, das in einem ganz alten Gebäude eingerichtet wurde, welches einer kleinen Burg ähnelt. In den kleinen Seitenstraßen haben Jugendliche Feuer angezündet und Jiyan rennt mit uns durch die Gassen zur Hauptstraße, wo wir in ein Taxi springen. Sie erklärt, sobald es dunkel ist, beginnt die Polizei Leute festzunehmen und anzugreifen, weshalb wir sehr vorsichtig sein müssen. Bis zu diesem Moment hatte ich fast vergessen, wo ich war, und freute mich nur über das große Fest.

Am nächsten Tag also war es dann soweit. Schon am frühen Morgen fahren Autos mit Lautsprechern durch die Stadt, die laute kurdische Musik spielen um die Leute aufzuwecken und zum großen Festplatz einzuladen. An unserer Straßenecke wartet ein Bus auf uns und wir bekommen gerade noch die letzten Plätze. Draußen spielen zwei Mädchen auf der Straße, die uns freudig winken und laut rufen „Biji Serok Apo!“ (Es lebe der Führer, Abdullah Öcalan). Jeder im Bus hat ein Accessoire in den kurdischen Farben, gelb-rot-grün, die Männer meistens Tücher um den Arm, die Frauen bunte Bänder in den Haaren. Weit kommen wir mit dem Bus jedoch nicht, da die Straßen alle blockiert sind. Wie bei einer Völkerwanderung sind alle auf den Beinen und marschieren in Richtung des großen Platzes, auf dem eine riesige Bühne aufgebaut ist und über mehrere Bildschirme und Lautsprecher das

Programm des Tages übertragen wird. Auf dem Weg wird an jeder Ecke etwas in kurdischen Farben verkauft, Fahnen, Spruchbänder und bunte Kordeln. Das beste Geschäft macht man jedoch an diesem Tag mit Regenschirmen. Über den matschigen Boden folgen wir den Massen und kommen zur ersten Sicherheitskontrolle, und zwar der von der türkischen Polizei. So richtig ernst nimmt die aber niemand, es wird eher spöttisch gelacht und so richtig kontrolliert wird auch niemand. Einige hundert Meter danach kommen wir dann zur kurdischen Kontrolle, erkennbar an den Sicherheitswesten mit der Aufschrift „Freiheit für Abdullah Öcalan“. Auch hier werden wir eigentlich nur begrüßt und durchgewunken. Auf die Frage, ob man denn keine Anschläge von Islamisten befürchte, antwortet Ciwan nur, ausgeschlossen sei es nicht, aber man will sich auch nicht unnötig die Party verderben lassen.

Wir stehen auf einem Hügel und schauen über die Köpfe von Millionen von Menschen und das Fahnenmeer, dass viele Abdullah Öcalan Portraits zeigt, aber auch die Fahnen der YPG, der PKK oder der autonomen kurdischen Region im Nordirak werden geschwenkt. Uns weht der Rauch des riesigen Feuers ins Gesicht, welches ebenfalls eine Newroz-Tradition ist. Laut ertönt die Stimme von Asya Abdullah, der Co-Vorsitzenden der Partei der Demokratischen Union aus Rojava (YPG) von der Bühne. Leider verstehe ich nicht viel von ihrer Rede, aber aus der Übersetzung entnehme ich, dass sie betont, dass die Befreiung Kurdistans nicht ohne die Befreiung der Frauen stattfinden wird.

Es regnet und regnet, der Boden wird immer rutschiger und ich bin nicht sicher, worauf wir eigentlich warten. Als ich nachfrage, sagt Ciwan: „We are waiting for the message!“. Ach ja, die Message. Der Führer der PKK, Abdullah Öcalan, der seit mittlerweile 16 Jahren im Gefängnis sitzt, hatte eine Rede verfasst, welche dieses Jahr vom HDP-Abgeordneten Sirri Sürreya Önde verlesen wurde. Die HDP ist eine neue Partei, die zum ersten Mal kurdische Interessen im türkischen Parlament vertritt. Momentan führt sie jedoch Verhandlungen mit der türkischen AKP-Regierung, um die Beendigung des bewaffneten Kampfes der Kurden.

Plötzlich hört der Regen auf und die Sonne bricht durch die Wolken. Kurz

darauf beginnt Önde, die Rede Öcalans auf kurdisch zu verlesen, danach noch einmal auf türkisch. In seinem Brief ruft Öcalan erneut dazu auf, einen kurdischen Kongress einzuberufen und über die Abgabe der Waffen zu beraten. Er betont, dass der Kampf gegen den Imperialismus von TürkInnen und KurdInnen gemeinsam geführt werden muss und lobt den Einsatz der kurdischen KämpferInnen in Rojava. Im großen und ganzen enthält die Rede keine großen Neuigkeiten, weshalb die Stimmung zwar freudig, aber nicht überschwänglich ist. Auffällig ist jedoch, dass viele der ZuhörerInnen erst beim zweiten Verlesen, also der türkischen Version, wirklich alles verstehen, und nicht schon bei der kurdischen. Nach den letzten Worten, setzt sich die Masse wieder in Gang, einige bleiben noch, um Halay zu tanzen, aber viele schließen sich der Demonstration in die Innenstadt an.

Obwohl geschätzte 3 Millionen Menschen bei dem Fest waren, sieht man einige Gesichter später im kleinen Stadtzentrum immer wieder, vor allem die anderen Ausländer. Im Gegensatz zu Istanbul werden wir nicht als kaufkräftige Touristen, sondern als interessierte Gäste wahrgenommen, denen man am liebsten alles über die kurdische Kultur zeigen und erklären möchte, was man wissen muss. An jedem Tisch, in jeder Runde findet sich ein Platz für uns, auch wenn man Stühle vom anderen Ende der Straße holt, immer wird ein Übersetzer gefunden und gerade die Jugendlichen reden liebend gerne über Politik. Als ich von unserer „Waffen für Rojava"-Kampagne berichte, ist die Freude groß und es ist auch für mich schön zu sehen, dass unsere Arbeit in den letzten Monaten nicht umsonst war. Immer wieder frage ich jeden, mit dem ich mich verständigen kann, nach der Einschätzung über die aktuelle Debatte um den „Friedensprozess". Niemand findet es gut, dass zur Niederlegung der Waffen aufgerufen wird, jedoch stellen auch nur wenige die Hierarchie in der PKK in Frage. Abdullah Öcalan ist und bleibt der große Anführer, schließlich habe er viel gelesen, und wisse im Prinzip, was gut für das kurdische Volk sei. Ich habe den Eindruck, dass Ausreden und Erklärungen zurecht gebogen werden, zum Beispiel dass das alles gar nicht so gemeint sei, sondern man eigentlich den großen Kampf vorbereite, und dass der Personenkult um Öcalan gerechtfertigt sei, da man in der aktuellen Situation keine Zeit für große Diskussionen in der PKK habe. Eine Bekannte, die in Ankara wohnt und auch fürs Wochenende nach

Diyarbakir gekommen ist, erklärt mir das Verhältnis zwischen der HDP und der PKK folgendermaßen: Die HDP sei das öffentliche Werkzeug der PKK und politisch eigentlich nicht entscheidungsfähig. Der Vorsitzende Demirtas wüsste, wie man mit Erdogan zu reden hat und wie man in den Medien auftritt, aber er sei auch nur der Empfänger von Öcalans Botschaften. In der Partei seien dennoch die Türken so wichtig, weil die Leute ihnen mehr Glauben schenken würden, als wenn sich nur die Kurden über ihre Unterdrückung beschweren. Ist Demirtas denn nicht demokratisch zum Parteivorsitzenden gewählt worden?, frage ich sie. Sie berät sich mit den anderen an unserem Tisch, irgendwie schon ja, den fanden die meisten halt gut, ist ja auch nicht so wichtig, sagen sie. Am Ende einigen
wir uns darauf, dass ein bisschen mehr Transparenz bei politischen Entscheidung schon von Vorteil wäre, aber eine PKK-interne Debatte werden wir darüber wohl in nächster Zeit nicht anstoßen.

Der letzte Abend geht mit viel Wein aber weniger Halay zu Ende, dafür regnet es noch einmal wie aus Eimern, was vermutlich auch dazu beiträgt, dass die Lage auf der Straße eher ruhig bleibt. Am nächsten Tag wird in der Innenstadt noch das überschüssige Dekomaterial vom Festtag verkauft , ich nutze den Tag um mir die Stadt anzuschauen. Rund um das archäologische Museum werden einige alte Gebäude restauriert, die bis vor einigen Jahren von der türkischen Regierung genutzt wurden. In dem einen befand sich das Gericht, im anderen das Gefängnis und direkt neben dem Eingang des Innenhofes waren die Folterkeller. Dort wurden viele PKK Mitglieder zu Geständnissen gezwungen oder ermordet. Eigentlich sollte ein Tunnel von der Innenstadt zu dieser kleinen Anhöhe gebaut werden, um den Verkehr zu entlasten, aber da man beim Graben auf zu viele Leichen stieß, ließ man das Projekt dann bleiben.

Als ich am Abend am Flughafen sitze, um wieder nach Istanbul zurück zu fahren, frage ich mich, was die Zukunft für all diejenigen bringen wird, die sich stolz als Kurden bezeichnen und die fest davon überzeugt sind, bald schon in ihrem eigenen Land zu leben. Welchen Einfluss haben sie wirklich auf diesen sogenannten „Friedensprozess“, der hinter verschlossenen Türen in Ankara ausgehandelt wird? Wie wird sich die Bedrohung durch den

Islamischen Staat entwickeln, wenn die türkischen Regierung zwar IS-Terroristen, aber keine Unterstützung für die kurdischen Selbstverteidigungskräfte über die Grenze lässt? Und wie würde eine kurdischer Staat tatsächlich aussehen? Oft an diesem Wochenende wurde mir versichert, natürlich sei dies ein marxistisch-leninistischer, keine Frage! Aber abgesehen davon, dass Sozialismus in einem Land kein funktionierendes Konzept ist, ist es meiner Meinung nach nur eine schöne Hoffnung, dass unter der aktuellen türkischen Regierung, den internationalen Konflikten in der Region und dem opportunistischen Volksfrontprojekt der HDP die Unabhängigkeit der Kurden und ein Staat erkämpft werden kann, in dem soziale Gerechtigkeit herrscht. Doch wer weiß, was das neue Jahr bringt… Newroz piroz be!

Anmerkung: Die Namen der Personen sind geändert.

Ein Artikel von Svenja Spunck, REVOLUTION Berlin

Türkei: AKP peitscht drakonische Sicherheitsgesetze durch

Nach einem wochenlangen Diskussionsprozess, Schlägereien im Parlament und kleineren Demonstrationen wurde am 27. März im türkischen Parlament das neue Gesetzespaket zur öffentlichen „Sicherheit“ beschlossen. Darin enthalten sind zahlreiche Maßnahmen, die den Weg zu einem Polizeistaat ebnen. Dass diese Gesetze kurz vor den kommenden Wahlen im Juni in einer nächtlichen Parlamentssitzung beschlossen wurden, ist kein Zufall. Die Regierung AKP unter Recep Tayyip Erdogan versucht zum einen. am rechten, nationalistischen Rande der Gesellschaft nach Stimmen zu fischen, zum anderen, die Oppositionsparteien einzuschüchtern und die Meinungsfreiheit

im Lande weiter zu reduzieren.

Während es im Parlament noch tumultartige Szenen bei der Debatte um das Gesetz gab, blieb es auf den Straßen bislang allzu ruhig. Zwar wurden die Gesetze selbst von der bürgerlichen Opposition wie der kemalistisch-nationalistischen CHP als „Abschaffung des Rechtsstaates“ gebrandmarkt. Ihre „Gegenaktion“ beschränkt sich bislang jedoch auf eine Klage vor dem Verfassungsgericht und die „Drohung“, Erdogan bei den Wahlen die Rechnung zu präsentieren.

Verschärfungen

Die Verschärfungen gelten „natürlich“ sofort. Demonstrationen dürfen nun ohne gerichtlichen Beschluss von den örtlichen Behörden aus „Sicherheitsgründen“ verboten werden. Wer dennoch teilnimmt, hat mit Haftstrafen von mehreren Jahren zu rechnen. Die Polizei darf legal auf Demonstrationen schießen, falls von diesen eventuell eine Gefahr ausgehen könnte und Molotow-Cocktails stehen in der selben Kategorie wie Schusswaffen, weshalb Polizisten ebenfalls legal Menschen erschießen dürfen, die einen solchen bei sich tragen. Ohne richterlichen Beschluss dürfen nun auch Verdächtige 48 Stunden lang ohne Kontakt zur Außenwelt inhaftiert werden. Staatsanwälte und Gouverneure können eigenmächtig, ohne jeden richterlichen Beschluss, Festnahmen anordnen. In jedem Haus darf eine Polizeistation eingerichtet werden, was besonders kritisch für Jugendliche ist, denn die Polizei hat damit auch uneingeschränkten Zutritt zu den Universitäten.

Im gleichen Atemzug wurden außerdem die traditionelle kurdische Kleidung “sal u sapik” und das dazu gehörende Tuch “pusi” verboten, da sie zu sehr der Kleidung der PKK-KämpferInnen ähneln würden und auf Demonstrationen als Vermummungsgegenstand dienen könnten. Auch Internetseiten dürfen von der Regierung gesperrt werden; erst drei Tage später muss ein Gericht über die Rechtmäßigkeit befinden.

„Friedensprozess“

Parallel zu der Debatte um diese neuen Gesetze führt die AKP

Verhandlungen mit der HDP, der pro-kurdischen Partei, welche von der BDP, dem politischen Arm der PKK, dominiert wird. Der inhaftierte PKK-Chef Abdullah Öcalan hatte am letzten Wochenende beim Newroz-Fest in Diyarbakir erneut dazu aufgerufen, einen kurdischen Kongress einzuberufen und über die Beendigung des bewaffneten Kampfes zu beraten. Mit dem neuen Gesetz und den in dieser Woche stattgefundenen Angriffen auf das Waffenlager der PKK durch die türkische Armee würde dieser Diskussionsprozess erneut in Gefahr gebracht werden. Jedoch muss man sich hierbei zunächst die Frage stellen, was genau hinter diesem Prozess steckt.

Während Öcalan und Demirtas, Vorsitzender der HDP, zum Waffenstillstand aufrufen, haben viele KurdInnen Familienangehörige verloren, weil sie gegen die Unterdrückung durch den türkischen Staat gekämpft haben. Nach wie vor werden KurdInnen strukturell, rassistisch diskriminiert und national unterdrückt. Jedoch bemüht sich vor allem die Spitze der HDP momentan sehr darum, den Prozess als eine Verhandlung von Gleichberechtigten darzustellen, militante Proteste in den kurdischen Gebieten zu verhindern, wie im letzten Herbst, als über 30 KurdInnen erschossen wurden, und setzt ihren Fokus voll und ganz auf die bevorstehende Wahl. Auch zu den neuen Sicherheitsgesetzen gibt es bisher keine Stellungnahme; große Demonstrationen gegen diese Legitimation von Polizeigewalt blieben bislang aus.

Obwohl auch innerhalb der HDP keine einheitliche Meinung über die Verhandlungen mit der Regierung und den Friedensprozess herrscht, scheint aktuell die Wahl das große Ziel zu sein. Viele Illusionen über einen grundlegenden Kurswechsel der türkischen Politik werden geschürt, falls die HDP die 10%-Hürde schaffen und ins Parlament einziehen sollte.

Vor allem aber fehlt der HDP jede politische Alternative-Strategie zum „Friedensprozess“. Reden von einer Wiederaufnahme des Guerilla-Kampfes oder von Volksaufständen haben letztlich nur den Charakter einer Drohgebärde, um eine AKP-Regierung an den Verhandlungstisch zu holen, wo es letztlich nur um die Befriedung der KurdInnen bei fortgesetzter nationale Unterdrückung geht.

Dabei fällt die HDP hin und wieder auch jenen in den Rücken, die durch die Gezi-Proteste 2013 erstmals gegen die Regierung auf die Straße gingen. Demirtas ließ kürzlich verlauten, die Menschen, die weiterhin demonstrieren, wie zum Beispiel am Todestag des 15-jährigen Berkin Elvan, der das jüngste Opfer der Polizei während der Gezi-Proteste war, hätten nichts mit der HDP zu tun und seien nur Störenfriede der öffentlichen Ordnung. Doch genau aus diesen Protesten erst kam das Projekt der HDP zu Stande und viele der jungen, gerade politisierten Leute setzen große Hoffnungen auf sie.

Die Verschärfung der staatlichen Repression ist nicht nur ein fundamentaler Angriff auf das kurdische Volk – sie offenbart zugleich auch fundamentale Schwächen der Strategie der HDP. Leider gilt das nicht minder für die gesamte Linke und ArbeiterInnenbewegung. Schließlich richten sich die neuen Gesetzt gegen alle, gegen jede Protestbewegung. Sie sind auch eine massive Drohung gegen die ArbeiterInnenklasse und gegen jede Streikbewegung. Kämpferische ArbeiterInnen und deren gewerkschaftliche und betriebliche Führungen, Kampfleitungen usw. können praktisch jederzeit ohne irgendeine Begründung festgesetzt werden. Doch auch diese Teile der türkischen Linken sind bisher kaum aktiv gegen die Gesetzesverschärfungen.

Gegen die neuen Gesetze wäre gemeinsamer, koordinierter Widerstand unabdingbar. Dazu bräuchte es ein Aktionsbündnis, eine Einheitsfront aller Gewerkschaften, ArbeiterInnenorganisationen, der linken Gruppierungen und der HDP, der verbliebenen AktivistInnen der Gezi-Bewegung usw., um landesweit politische Massendemonstrationen gegen das Gesetz zu organisieren und einen politischen Massenstreik vorzubereiten.

Ein Artikel von Svenja Spunck, REVOLUTION Berlin

Gedanken zur Berichterstattung über den Germanwings-Absturz

Am 24.3.2015 stürzte ein Flugzeug der deutschen Airline Germanwings in den französischen Alpen ab. Unser Mitgefühl gilt allen Angehörigen – auch jenen des Co-Piloten, der nach aktuellem Kenntnisstand die Maschine willentlich mit 149 Passagieren abstürzen ließ. Seine Familie wird nun selbst Opfer des Absturzes, z.B. durch die Belagerung des Elternhauses durch Journalisten.

Wir leben bekanntlich in Zeiten wo Medienkonzerne – vor allem ein gewisser Axel-Springer-Konzern mit der BILD – alles, was irgendwie katastrophal und skandalös ist, zu Geld verschreiben.

So glänzen auch diesmal diverse Blätter und Sender mit bester Pietätlosigkeit und trampeln mit reißerischen Titeln auf der Trauer der Angehörigen herum. Da wird jede Beileidsbekundung der Medien zur Heuchelei. Das geht sogar soweit, dass Angehörigen mit Kameras aufgelauert und auf Twitter nach Interviews gefragt wird. Die Trauer wird ausgeschlachtet.

Sind dann auch noch Deutsche, obendrein zum Teil SchülerInnen unter den Opfern, ist der Titel perfekt. „Ganz Deutschland unter Schock! 150 Tote!“ [BILD].

Heraus kommt also Scheinbetroffenheit unter nationalem Pathos. Das sehen wir im Übrigen nicht nur bei diversen Medienkonzernen, sondern auch bei einigen bürgerlichen PolitikerInnen. Merkel legt ihre Arbeit nieder, PolitikerInnen lesen Beileidsbekundungen von Zetteln ab. Offensichtlich scheinen Deutsche mehr wert zu sein als andere Menschen (oder warum werden sie explizit erwähnt?). Umgekehrt gilt das sicherlich auch für die spanischen Medien in Bezug auf die spanischen Opfer.

Die FAZ kommentierte gar „Europa in Trauer vereint“. Hier wird die Realität verwischt: Täglich werden durch die europäische Sparpolitik und den

deutschen Imperialismus Menschen im Süden Europas in die Verarmung getrieben. Genau darüber berichtet die bürgerliche Presse wenig bis gar nicht. Auch die weltweiten Hungertoten werden weitestgehend ignoriert.

Als letztes Jahr ein malaysisches Flugzeug über der Ukraine abgeschossen wurde, war die „Betroffenheit“ der bürgerlichen Presse und Politik lange nicht so groß – damals war wichtiger, dass man einen weiteren Grund hatte gegen die Aufständischen in der Ostukraine und Putin zu hetzen – ohne wirkliche Beweise für deren Schuld.

Anstelle von Medienkonzernen und bürgerlicher Presse, die nach Profitinteressen und bürgerlicher Ideologie ausgerichtet „berichten“, wollen wir Medien, die demokratisch von ArbeiterInnen kontrolliert werden und eine würdevolle Berichterstattung über alle Unglücke auf der Welt mit Raum für private Trauer gewährleisten.

Ein Artikel von Lars Filder, REVOLUTION Fulda

Taksim, Tahrirplatz, Syntagma-Platz – Die Jugend an vorderster Front, aber mit welchen Perspektiven?

Zur Lage

Ein Blick in die Geschichte der Massenbewegungen zeigt relativ schnell, dass die Mobilisierungen, egal ob im arabischen Frühling in Ägypten, auf dem Taksimplatz in Istanbul oder gegen G8-Gipfel in Seattle (1999) und Genua (2001) massiv von Jugendlichen dominiert wurden.

Heute haben wir 23% Jugendarbeitslosigkeit in der EU – da ist Widerstand auch kein Wunder. Auch sind wir nicht in der Lage zu wählen bevor wir ein gewisses Alter erreicht haben, doch selbst wenn man dann wählen darf, muss man sich schon fragen welche Person im Bundestag die Jugend repräsentieren möchte. Der jüngste Abgeordnete aktuell ist 27 Jahre alt, insgesamt sind inzwischen immerhin 6 Personen unter 30 Jahren, leider alle von SPD und CDU/CSU.

Beschäftigte unter 18 Jahren bekommen natürlich auch keinen Mindestlohn, in der Ausbildung sind es auch nur ein paar hundert Euro, und davon, dass nur 37% aller Studierenden es schaffen, schuldenfrei einen Abschluss zu machen will man dann auch lieber nichts erzählen. Natürlich rentiert sich unsere Situation für die herrschende Klasse aus UnternehmerInnen und Banken. Wo jemand weniger Geld bekommt muss auch jemand weniger abdrücken, wo jemand Zinsen zahlen muss bekommt auch jemand welche.

Weder die Großunternehmen dieser Welt noch ihre neoliberalen Blockparteimarionetten (hierzulande: SPD, CDU/CSU, Die Grünen, AfD, LINKE (ja, auch die – die Privatisierungen von Berlin lassen grüßen) haben ein Interesse daran, unsere Situation zu verbessern. Sie werden auch kein großes Interesse mehr dafür entwickeln, das ist unsere Aufgabe! Es geht nicht darum, quasi Lobbyarbeit zu machen und für eine Vertretung der Jugend zu kämpfen, die wird es in einem Gremium wie dem Bundestag oder dem EU-Parlament sowieso nie zu etwas bringen. Die Regierung ist immer darauf aus die Wirtschaft zu stärken und somit nach den Interessen der Kapitalist_innen zu handeln. Dieser Interessenkonflikt wird immer zu Gunsten der herrschenden Klasse gelöst. Wir müssen klar machen, dass wir unsere Unterdrückung weltweit nicht einfach hinnehmen, dass wir auch in einer Ausbildung alleine wohnen können wollen. Auch wir haben ein Recht auf demokratische Mitbestimmung, egal ob im Betrieb, in der Schule z.B. bei der Gestaltung des Unterrichts, aber natürlich auch beim Planen der Freizeitaktivitäten, Jugendzentren etc..

Widerstand und Organisation

Wir haben schon des öfteren bewiesen, dass wir Kämpfe erfolgreich führen

können: Die G8-Gipfel in Seattle und Prag mussten abgebrochen werden, der immense Anteil an Jugendlichen im arabischen Frühling, oder in Deutschland z.B. bei den Schul- und Unistreiks gegen Studiengebühren, um hier nur einige Beispiele zu nennen.

Was wir brauchen, sind gemeinsame Kämpfe und Mobilisierungen aller Gruppen der Jugend, die sich mit den Protesten der anderen sozialen Gruppen verbinden – Der Generalstreik in Frankreich im Frühling 2006 war ein Beispiel für die Wirkung eines gemeinsamen Kampfes aller vom Kapitalismus angegriffenen Gruppen. Ministerpräsident Dominique de Villepin brachte eine Arbeitsmarktreform auf den Weg, welche den Kündigungsschutz von Jugendlichen bis 26 Jahre praktisch aufheben sollte. Mehr Arbeit durch schnelleres Rausschmeißen war die perfide Logik dieser Reform. Obwohl sie bereits von der Regierung verabschiedet war, konnte der andauernde und nachhaltige Massenprotest von Gewerkschaften, ArbeiterInnen und StudentInnen diesen Beschluss zu Fall bringen.

Dies zeigt dass die Jugend nicht durch einzelne, spontane Mobilisierungen ihre politischen Ziele durchsetzen wird, weder SchülerInnen, noch StudentInnen und Azubis und schon gar nicht die jugendlichen Arbeitslosen können allein ihre Kämpfe gewinnen, der Kampf muss gemeinsam mit den ebenso betroffenen Gruppen (Lehrer_innen an der Schule, Arbeiter_innen in Betrieb) geführt werden.

Doch um all diese Kämpfe weltweit auch langfristig erfolgreich zu gestalten brauchen wir eine Perspektive. Die heißt für uns revolutionäre Organisation. In allen Lebensbereichen müssen Strukturen für die verschiedenen Kämpfe der Jugend aufgebaut werden.

Nur als europäische revolutionäre Jugend können wir uns gegen Spardiktate der EU verteidigen. Der Kampf gegen den Kapitalismus muss international geführt werden, unsere Gegner tun dies schon lange. Sei es IWF, WTO oder NATO – die Interessen der imperialistischen Staaten und ihrer Kapitale werden auf globaler Ebene umgesetzt. Nur starke internationale Strukturen der Jugend und der Arbeiterbewegung können diesen Gegner schlagen. Auch die Angriffe gegen die Jugendlichen werden seit Jahrzehnten international

geführt. Die Situation in Palästina ist natürlich eine ganz andere als in den USA, der Türkei oder Deutschland, daher müssen international Kämpfe und Angriffe analysiert und diskutiert werden, um daraus politische Ziele und Taktiken ableiten zu können.

Daher treten wir ein für den Aufbau einer neuen Jugendinternationale, nach dem Vorbild der Kommunistischen Jugendinternationale (nein, nicht die stalinistische) – denn nur so können wir dem globalen Kapital entgegen treten: Der Kampf um Befreiung ist und bleibt international!

- **Für Schul-, Uni- und Betriebskomitees der Jugendlichen, für Stadtteilkomitees der Jugend!**
- **Für einen Mindestlohn von 15€/Std. Für ALLE**
- **Gegen das Troikadiktat aus IWF, EZB und EU über Südeuropa und seine Jugend!**
- **Für eine revolutionäre Bewegung der Jugend – Hand in Hand mit den Arbeiter_Innen! Für eine kommunistische Massenjugendorganisation!**

Ein Artikel von Carlson von und zu Dach, REVOLTION Berlin

Benjamin Blümchen – Freund und Genosse?

Der sprechende Elefant Benjamin Blümchen hat uns wahrscheinlich fast alle durch die Kindheit begleitet. Mit über 130 Hörspielen und Filmen ist die Kinderserie eine der erfolgreichsten die je in Deutschland produziert worden sind.

Folge um Folge erlebt Benjamin mit seinen Freunden Otto und Karl ein

Abenteuer nach dem nächsten.

Die Bundeszentrale für politische Bildung sieht den sympathischen Elefanten allerdings kritisch:

„Da in den Geschichten sehr oft ein politischer Bezug hergestellt wird, auch wenn dieser nicht zwingend notwendig erscheint,bestimmte politische Inhalte (Umweltprobleme) immer wieder thematisiert werden und die von den Hörspielheldinnen und Helden sowie deren Freunden vertretenen politischen Positionen relativ eindeutig einem politischen Spektrum zugeordnet werden können, ist anzunehmen, dass die von den Blümchen – bzw. Blocksberg-Hörspielen bewirkten politischen Sozialisationsprozesse zum Teil durchaus beabsichtigt sind.“ (1) Die BpB schätzt Benjamin Blümchen und auch Bibi „Bolschewiki“ Blocksberg als gefährlich für den Sozialisationsprozess von Kinder ein, da beide Figuren für politische Inhalte eintreten. Aber was sind das für Inhalte?

Benjamin und Bibi leben beide in dem fiktiven Ort Neustadt. In vielen Folgen trifft Benjamin auf den Bürgermeister Bruno Dafke. Dafke und Benjamin sind gewissermaßen Gegenspieler, und das zu Recht! Benjamin hat nämlich einen ziemlich guten Sinn für Gerechtigkeit und durchschaut sehr schnell die Tricks von Politik und Justiz. Als er einen verirrten Ziervogel von einem Baum rettet und es sich darauf gemütlich macht wird er geweckt von den Versuchen der Bauarbeiter den Baum zu fällen. Es soll nämlich eine breitere Straße gebaut werden! Benjamin weigert sich herunter zu kommen und bald kommt auch schon die Polizei. Es ergibt sich folgender Dialog mit einem Bauarbeiter: „Ich bin nur ein kleiner Arbeiter und muss meine Pflicht tun!“ „Das sagen sie alle.“ „Wer alle?“ „Na die, die den Krieg machen zum Beispiel, die Soldaten. Jeder tut nur seine Pflicht. BUMM BUMM BUMM, und dann ist er tot “ (2)

Zwar ist das genau genommen eine moralisch-pazifistische Position, trotzdem erinnert sie ein wenig an Trotzkis Spruch *„Verantwortung entsteht dadurch, dass man nicht rechtzeitig Nein sagt. “* Für die bürgerliche Gesellschaft ist das schon eine sehr radikale Meinung. Auch wenn das vielleicht nicht die Intention des Autoren war ist noch hinzuzufügen, dass der Bauarbeiter sich

auch nicht aussuchen kann, ob er den Baum fällt oder nicht, da er dazu gezwungen ist seine Arbeitskraft zu verkaufen und bei Arbeitsverweigerung seinen Job verlieren könnte.

Dafke versucht auch mal Neustadt am Bau eines Großprojekt beteiligen, Benjamin organisiert daraufhin den militanten Widerstand, Parole: „Wer Straßen baut wird vollgehaut!“(3)

Auch gegen die Wirtschaftsspitzen macht Benjamin kräftig Front. Der schmierige Kapitalist Schleicher gentrifiziert einen ganzen Stadtteil, während Benjamin der Stadt ein altes Schloss aus den Rippen leiert und dort Leute kostenlos wohnen lässt.

Die BpB kommt in der Analyse der staatsfeindlichen Publikationen „Benjamin Blümchen“ und „Bibi Blocksberg“ zu dem Fazit: *„Die Hörspiele von Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg verdienen aus politikwissenschaftlicher Sicht keineswegs das Prädikat „wertvoll“ “, denn „die „richtigen“ politischen Positionen bzw. Verhaltensweisen sind ökologisch, postmaterialistisch, basisdemokratisch, kritisch, zivilcouragiert, pazifistisch, sozial, antikapitalistisch, egalitär, tendenziell anarchisch bzw. antistaatlich, antihierarchisch, antiautoritär und antikonservativ; mit anderen Worten: „links“ der politischen Mitte “*(4). Die BpB findet also, dass Benjamin nicht wertvoll ist, weil er soziale und ökologische Werte vertritt und damit ein schlimmer Linker ist. Wir finden: „Ja, soziale Positionen sind links der politischen Mitte, der Kapitalismus der Mitte ist ziemlich assozial!“

Selbst kleine Kinder sind schon früh der bürgerlichen Propaganda ausgesetzt. Lasst auch die Kleinsten wissen, dass es gut und wichtig ist gegen jede noch so kleine Ungerechtigkeit zu kämpfen und das Bestehende zu hinterfragen. Nur so werden aus ihnen mündige Menschen!

Es ließe sich natürlich auch noch sagen, dass Benjamin und Bibi im besten Falle linksreformistische und linksliberale Positionen vertreten – aber ein Kinderbuch kann ruhig politisch unvollkommen sein.

„Popp Stolizei! Ähh, Äh Stei Polipopp! Ehm, Stopp Polizei! “ – Neustädter Polizei

(1) und (4) Quelle: http://www.bpb.de/apuz/28782/politik-bei-benjamin-bluemchen-und-bibi-blocksberg?p=all

(2) Quelle: Benjamin MC 8

(3) Quelle: Benjamin Blümchen, MC 76

Ein Artikel von Flo Wasser, REVOLUTION Zülpich